

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Herausgabe alle zwei Wochen seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

Seiten: 14 Datum: 07.07.2006

WIRTSCHAFT



(Das Symposium- Event- Gestaltungsteam)

Die Credit Suisse entdeckt die „baltischen Tiger“

Ein Bericht von Andreas Thomann



„To e or not to e“: der Ausspruch stammt vom Informatikprofessor Linnar Viik und dient als Kurzformel für das „e-phenomena“ in Estland. Die originelle Abwandlung des Shakespeare-Zitats hätte aber auch ein gutes Motto für die Reise ergeben, welche die Credit Suisse diese Woche nach Tallinn unternahm. Knapp 30 Vermögensverwalter aus der Schweiz waren der Einladung von Arthur Vayloyan, (Bild links) Head Investment Services and Products der Credit Suisse, gefolgt, um den Wandel der drei baltischen Staaten von einer sozialistischen



Planwirtschaft in eine boomende e-Society aus erster Hand kennen zu lernen. Nicht zuletzt der Swiss-Baltic Chamber of Commerce und ihren zahlreichen Kontakten ist es zu verdanken, dass sich das Referentenfeld so prominent präsentierte. In Josef Bucher (Bild Links) schliesslich, dem Schweizer Botschafter in Helsinki, der auch in Estland akkreditiert ist und die Delegation während allen drei Tagen begleitete, hatten die Teilnehmer einen überaus kompetenten Gastgeber zur Seite.

Wie weit der technologische Weg ist, den die drei ehemaligen Sowjetrepubliken zurückgelegt haben, beschrieb Linnar Viik (Rechts), geistiger Vater des estnischen E-Booms und einer der zahlreichen Referenten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, in einer Anekdote: „Als der erste demokratisch gewählte Präsident Estlands sein Büro bezog, standen auf seinem Tisch sechs Telefone – drei rote und drei grüne. Alle konnten sie Anrufe entgegennehmen, aber mit keinem liess sich nach draussen telefonieren.“ Fünfzehn Jahre später finden die Kabinettsitzungen der estnischen Regierung komplett am Bildschirm statt.



Fast wie ein Märchen



Aber auch makroökonomisch lässt sich der Boom festmachen, zum Beispiel mit BIP-Wachstumsraten von gegen 10 Prozent, ob in Estland, Lettland oder Litauen. „Es klingt wie ein Märchen“, brachte es Andrus Ansip, (Links im Bild) Premierminister Estlands, in seiner Grussbotschaft an die Schweizer Finanzexperten auf den Punkt. Um gleich darauf zu erläutern, warum das vermeintliche Märchen sehr wohl auf knallharten ökonomischen Massnahmen basiert: zum Beispiel auf niedrigen, proportionalen Steuertarifen für Unternehmen und natürlichen

Personen, auf einer radikalen Öffnung der Gütermärkte sowie auf einem sehr hohen Bildungsniveau. Dieser Massnahmenkatalog könnte direkt aus einem liberalen Lehrbuch stammen. Und er wurde in ähnlicher Weise auch in den beiden andern baltischen Ländern umgesetzt, wie die Vertreter der lettischen und litauischen Wirtschaftsförderungsagenturen ausführten. Ihr Tenor: Die baltischen Tiger sind ein exzellenter Investitionsstandort.



Dass sich diese Erkenntnis zumindest in den skandinavischen Ländern herumgesprochen hat, zeigt die starke Präsenz vor allem von schwedischen und finnischen Unternehmen im Baltikum. „Der Ostseeraum ist dabei, sich zu einem riesigen Wirtschaftsraum mit rund 100 Millionen Einwohnern zu verschmelzen“, so Estlands Ex-Wirtschaftsminister Henrik Hololei (Links) in seinem Ausblick. Hololei, der heute Mitglied der Europäischen Kommission ist, war extra aus Brüssel

angereist, um der Credit Suisse-Delegation die zunehmende Verflechtung des Baltikums mit seinen Nachbarn zu skizzieren.

Nur Russland trübt etwas die Aussichten



Im positiven Gesamtbild gibt es aber durchaus die eine oder andere Dissonanz, beispielsweise eine relativ hohe Inflationsrate, die bisher als Stolperstein auf dem Weg Estlands und Litauens zum Euro gewirkt hat. Die Ex-Aussenministerin Estlands, Kristiina Ojuland (Links im Bild), nannte noch ein weiteres Problemfeld: die Beziehungen zum Nachbarn Russland. „Die manchmal sprunghafte russische Aussenpolitik wird uns wohl auch weiterhin zu schaffen machen“, so Ojuland, die für die liberale Reformpartei, zu der auch der Premierminister zählt, im estnischen Parlament sitzt und sich innerhalb des „European Union Affairs Committee“ weiterhin mit Aussenpolitik beschäftigt. In ihrem charmant vorgetragenen Referat, gehalten während des Mittagessens im Tallinner Blumenpavillon, dominierte dennoch die Zuversicht, dass man auch diesen Unruheherd in den Griff bekommen werde.



Doch wer sind die Akteure hinter dem dreifachen baltischen Wirtschaftswunder? Diese Frage stand im Zentrum des zweiten Tages der Baltikum-Reise. Im Kunstmuseum von Tallinn (KUMU) stellten sich drei von ihnen den Fragen des Plenums: Prit Alamäe, CEO von Webmedia, Sten Tamkivi, Head of Operations von Skype, und Oleg Shvaikovsky, CEO von Norby Telecom. Auf die Worte folgten am Nachmittag konkrete Einblicke. Teilweise unter

hohen Sicherheitsvorkehrungen erlebten die Delegationsteilnehmer beim Handyproduzenten Elcoteq, dem Elektronikausrüster OU JOT Eesti und dem Schweizer Identitäts- und Chipkartenhersteller Trüb Baltics drei Beispiele für den „Estonian way of technology“.

Köbi Kuhn – der Überraschungsgast



Als Ausgleich für das technologielastrige Tagesprogramm setzte die Credit Suisse an den beiden Abenden auf Kultur, Kulinarik und Fussball. Einen veritablen Überraschungscoup landete die Bank am zweiten Abend, als auf einmal der

Schweizer Nationaltrainer unter den Gästen des Gourmettempels „Vertigo“ auftauchte. Dank Kuhns treffsicheren Kommentaren zur Halbzeit des WM-Halbfinals zwischen Portugal und Frankreich, aber auch dank den musikalischen Einlagen der estnischen Sängerin Siiri Sisask, geriet der Abend definitiv zum Highlight eines an sich schon an Höhepunkten reichen Abstechers zu den „Baltic Tigers“. (Foto: Köbi Kuhn hier vor dem Tallinner Rathaus)

Am Donnerstag Mittag schliesslich gings im Charterjet, einem der letzten Crossairflieger, der demnächst verkauft werden soll, zurück nach Zürich. Im Gepäck hatten die Symposiumsteilnehmer viele Eindrücke von einer dynamischen, aufstrebenden und selbstbewussten Region dabei. Und die Erkenntnis, dass auch im hohen Norden der Sommer sonnig und heiss sein kann.

Österreich verabschiedete sich auch in Estland offiziell von der EU-Präsidentschaft



Mit einem fulminanten Empfang im Garten der Residenz des österreichischen Botschafters Forst gemeinsam mit seiner Gattin Dr. Friederike Forst-Battaglia wurde im Namen seines Landes auch hier in Estland von der EU-Präsidentschaft, welche per 1. Juli an Finnland weiter gegeben wurde. Dazu bemerkte der Vertreter Österreichs in Estland:

„Glaubt man dem Urteil führender Vertreter von EU-Partnerstaaten, war die von 1. Jänner bis 30. Juni 2006 dauernde österr. Präsidentschaft durchaus erfolgreich. Der deutsche Außenminister Steinmeier sprach sogar von der "ausgezeichneten Arbeit Österreichs, die beispielhaft für Europa" gewesen sei. Es galt, die zuvor von den Regierungen in den Grundzügen vereinbarte Finanzielle Vorausschau 2007 - 2013 entsprechend adaptiert durch das Europäische Parlament zu bringen, den Erweiterungsprozess dynamisch weiterzuführen - ob nun in bezug auf die bereits vereinbarten Mitgliedschaften von Rumänien und Bulgarien, oder auf die in Verhandlungen begriffenen Kandidaturen von Kroatien und der Türkei. Dann ging es darum, mittels einer kreativen Reflexionsphase die Debatte um den Verfassungsvertrag und die Zukunft Europas zu vertiefen, die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik bewusst zu machen, den nötigen Kompromiss bei der Dienstleistungsrichtlinie als Balance zwischen sozialer Fürsorge und gesundem Wettbewerb zu finden, ja insgesamt das "europäische Wir-Gefühl zu stärken", wie sich Österreichs Außenministerin Ursula Plassnik ausdrückte, die überzeugt ist, die österreichische Präsidentschaft werde noch rückblickend nachhaltig "greifbare Ergebnisse bringen".

Das geeinte Europa vermittelt der Welt eine Friedensbotschaft. Dazu gehört ein umfassender Sicherheits- und Stabilitätsauftrag: mehr Arbeitsplätze, geregelte Migration, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus, Vertrauensbildung nach innen und nach außen. Deshalb hat sich die österreichische Präsidentschaft auch besonders der Pflege der Beziehungen der Union zu Drittstaaten gewidmet: der Dialog mit den USA, mit Russland, oder mit dem Iran, die Unterstützung von Konfliktlösungen für den Nahen Osten, eine europäische Perspektive für den Westbalkan, die Nachbarschaftspolitik gegenüber der Ukraine, dem Kaukasus und den Maghreb-Staaten, all das waren beispielgebend wichtige Themen der letzten sechs Monate. Das Bemühen ging dahin, im Geiste der Solidarität ein Europa der Projekte und der Resultate zu stärken, dem seine, zum Teil skeptischen Bürger wieder mehr Vertrauen aus begründeter Zuversicht heraus schenken können. Respekt vor der kulturellen Vielfalt bei Wahrung der europäischen Wertegemeinschaft

ist ein Schlüssel dazu gewesen. Das auf gegenseitiger Achtung beruhende, verständnisvolle Gespräch zwischen den Religionen, wie es etwa nach dem so genannten Karikaturenstreit auf österreichische Initiative hin geführt wurde, war ein beredtes Beispiel dieser Bestrebungen. Finnland, das mit Österreich zusammen im Sinne der Kontinuität ein partnerschaftliches Gesamtjahresprogramm entworfen hat, übernahm nun am 1. Juli den Vorsitz für das zweite Halbjahr“.



Das in Estland akkreditierte diplomatische Corps war, gemeinsam mit weiteren Gästen, auf dem Rasen neben der Residenz angetreten um den teils in Estnisch vorgetragenen Worten des österreichischen Diplomaten zuzuhören. Dieser würdigte nicht zuletzt das Engagement seines Teams während der EU-Präsidentschaft, gab es doch während des vergangenen halben Jahres deutlich mehr zu tun als sonst. Zahlreiche Briefgings mussten vorbereitet kommentiert, weiter vermittelt und entsprechend moderiert werden. Auf der Terrasse sorgte ein estnisches Militärorchester für Unterhaltung und das Buffet liess nichts zu wünschen übrig. Vom Wiener Speck und Schinken über Mozartkugeln aus Schokolade war ein Buffet zubereitet worden, welches die Gattin des Botschafters eigens aus Wien besorgt und liebevoll zubereitet hatte. Der Wein aus dem Burgenland sorgte für eine angenehm charmante Wiener Atmosphäre.

Den anwesenden Schweizer Gästen (Links: Der Schweizer Botschafter Josef Bucher im Gespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen) wurde zuweilen humorvoll begegnet, wenn es galt den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU zu würdigen. Immerhin hätte es die Schweizer bisher geschafft dem schengener Abkommen sowie der Freizügigkeit die Zustimmung zu gewähren. Einer der Diplomaten scherzte, was wohl geschähe, wenn die Schweiz versehentlich den EU- Vorsitz übernehmen würde. Immerhin konnten die Schweizer nicht ohne Stolz vermerken, dass ihre Entscheidungen betreffend Schengen und Freizügigkeit durch einen Volksentscheid zustande gekommen sei, was vermutlich bei einigen alt gedienten EU-Mitgliedern nicht der Fall gewesen wäre, hätte man das Volk darüber abstimmen lassen.



Einer der Botschafter aus den Mitgliedsländern meinte, man könne mit einem Referendum schliesslich auch Missbrauch treiben und spielte damit auf das hängige Referendum gegen den mit Brüssel bereits abgesprochenen Kohäsionsbeitrag von einer Milliarden Franken zugunsten der zehn neuen EU- Mitglieder an. Bekanntlich soll in der Schweiz eine Volksabstimmung darüber stattfinden, ob die eine Milliarde, verteilt auf zehn Jahre, an die neuen Mitglieder

erwünscht sei. Die Gegner dieses Kohäsionsbeitrages argumentieren bekanntlich damit, dass

man nicht wüsste woher der Bund die eine Milliarde nehme und zudem sei nicht klar, ob die nächste Runde der in die EU aufzunehmenden Länder nicht ebenfalls noch bedient werden müssten, was vermutlich nicht völlig abwegig ist, partizipiert die Schweizer Wirtschaft doch auf in allen EU- Märkten und jenen, die in Kürze Mitglied sein werden.

Die Schweiz sei offenbar zunehmend damit beschäftigt, nachzuvollziehen, was die EU in Europa vorgebe, ohne als deren Mitglied mitentscheiden zu können, war zu hören.

Einer der berühmtesten Kolumnisten Estlands, Enn Sosaar, Weggenosse des verstorbenen Altpräsidenten Lennart Meri sowie dem über die Grenzen Estlands bekannten Schriftstellers Jaan Kross, fragte in gut brononciertem Englisch, wann denn die Schweiz „unserem Club“, er meinte die EU, endlich beitreten werde, sprach und liess sich im Rollstuhl von seinem Helfer zum Wagen bringen. Offenbar wird Verhalten und Bemühen der Schweiz in Sachen EU-Pflege auf dem Kontinent wahrgenommen.

Botschafter Forst ist davon überzeugt, dass die EU als Ganzes in einem deutlich besseren Zustand ist, „als manche Kritiker das den Leuten glauben machen wollten“.

Die EU als soziales Übungsfeld zwischen den Völkern Europas, die sich noch vor 60 Jahren Kriege mit über 50 Mio. Toten geleistet hatten, sei doch ein genialer Wurf. Wer den sonst in der Welt könne der Menschheit vorleben, dass Völker unterschiedlicher Kulturen in friedlichem Nebeneinander und Miteinander an einem soziologischen Gesamtkunstwerk Werk teilnehmen, ohne sich übervorteilen oder gar zu bekämpfen.

Infosociety

Internet für alle: EU-Minister für integrative und barrierefreie Informationsgesellschaft Riga, 11.-13. Juni 2006 Von der Lissabon- Strategie zur Strategie für eine Informationsgesellschaft i 2010

Ein Beitrag von Dr. Hanna Muralt Müller, Sonderbeauftragte für internationale Fragen beim Bund

Im März 2000 beschloss der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon eine auf zehn Jahre angelegte Strategie mit dem ehrgeizigen Ziel, die EU unter Einbezug der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum umzugestalten und gleichzeitig die soziale Integration innerhalb der Gemeinschaft voranzubringen. Eine dynamische Wirtschaft soll Arbeitsplätze schaffen, eine nachhaltige, umweltschonende Entwicklung gewährleisten und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Zur Umsetzung dieser Strategie hat die Europäische Kommission inzwischen zahlreiche Massnahmen ergriffen, so im Juni 2005 die Initiative 2010 für eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung. Diese Initiative beinhaltet ebenfalls eine umfassende, auf die verbleibenden fünf Jahre ausgerichtete Strategie für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie hat drei politische Schwerpunkte:

1. Die Schaffung eines offenen und wettbewerbsfähigen EU-Binnenmarkts für die Dienste der Informationsgesellschaft und der Medien. Hier geht es insbesondere um eine effiziente Frequenzverwaltung in Europa, den Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation und die Verwaltung digitaler Rechte.

2. Die Erhöhung der EU-Investitionen in die Forschung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien
3. Die Förderung einer Informationsgesellschaft, die alle einbezieht (eInclusion). Die bestehenden gesellschaftlich bedingten und geographischen Barrieren zur Integration aller in die Informationsgesellschaft sollen beseitigt werden.

Die Ministerklärung von Riga mit messbaren Zielen

Auf Einladung der lettischen Regierung organisierten die EU-Kommission und die österreichische EU-Präsidentschaft eine Ministertagung in Riga zum dritten Schwerpunkt der i2010 Initiative. Die Rigaer Ministererklärung wurde einstimmig von 34 europäischen Ländern – EU-Mitgliedstaaten, Kandidatenländern sowie den EFTA-/EWR-Ländern - unterzeichnet.

Die Schweiz war ebenfalls zur Ministerkonferenz eingeladen und durch Bundespräsident Moritz Leuenberger vertreten. Während der Tagung wurden die Mitglieder der Schweizer Delegation immer wieder auf sein Votum angesprochen. Es gelang der Schweiz, sich als Land, das nicht der EU angehört, besondere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Der Bundespräsident beschrieb humorvoll die Schwierigkeiten mit nicht verständlichen Gebrauchsanweisungen und die Probleme auch nicht behinderter Menschen mit immer kleineren Handys und ihrer kaum mehr benutzbaren Tastaturen. Er traf damit ein Kernthema der Tagung. Die mit Blick auf Behinderte entwickelte grössere Benutzerfreundlichkeit dient letztlich allen.

Die Rigaer Ministererklärung setzt folgende messbaren Ziele:

1. Bis 2010 ist der Rückstand bei der Internetnutzung durch ausgrenzungsgefährdete Bevölkerungsgruppen (z.B. ältere Menschen, Behinderte, Arbeitslose) halbiert. Ein Augenmerk gilt auch den Frauen, die das Internet immer noch unterdurchschnittlich nutzen (ganz ausgeprägt in der Schweiz, was in einem Workshop speziell erwähnt wurde).
2. Bis 2010 ist die heutige Verfügbarkeit von Breitbandnetzen auf 90 Prozent erhöht
3. Bis 2010 sind alle öffentlichen Webseiten barrierefrei gestaltet. Der Privatsektor wird aufgefordert, dieselben Normen und Standards anzuwenden.

Diese Ziele sollen mit Massnahmen in folgenden sich überlagernden Handlungsfeldern erreicht werden.

Die Integration aller Bevölkerungsschichten ist wirtschaftlich interessant

Ein Viertel des Bruttoinlandprodukts und rund 50 Prozent des Produktivitätszuwachses ist den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zuzuschreiben. Sie wirken wie ein eigentlicher Wirtschaftsmotor und dieser könnte noch stärker sein, wenn alle zu Nutzerinnen und Nutzern der neuen Technologien würden. Zurzeit sind nur 43 Prozent der in der EU lebenden Menschen regelmässig im Internet, nur 10 Prozent der über 65-Jährigen gegenüber 68 Prozent der 16 bis 24-Jährigen, nur 24 Prozent der Personen mit geringerer Ausbildung gegenüber 73 Prozent mit höherer Ausbildung, nur 32 Prozent der Arbeitslosen gegenüber 54 Prozent bei den Beschäftigten.

Zahlreiche Referate waren dem Thema gewidmet, mit welchen oft einfachen Mitteln Webseiten so gestaltet werden können, dass sie für viele Bevölkerungsgruppen benutzerfreundlich und auch für Ältere oder Behinderte besser zugänglich sind. Zurzeit entsprechen nur rund drei Prozent der öffentlichen Webseiten den Anforderungen (Standards

für accessibility). Die Anhebung dieses Prozentsatzes auf 100 Prozent bis 2010 stellt die öffentliche Verwaltung vor grosse Herausforderungen.

Ältere Menschen und Behinderte als wichtige Marktteilnehmer

Ein für die Wirtschaft ganz besonders interessantes Segment sind die älteren Menschen. Mit der demographischen Entwicklung wird diese Gruppe immer grösser und sie ist z.T. auch kaufkräftig. Der Einsatz der neuen Technologien ermöglicht es dieser Gruppe, sich länger aktiv im Arbeits- und im Gesellschaftsleben zu engagieren. Im Interesse älterer Menschen sind medizinische, durch die neuen Technologien gestützte Betreuungsformen, die länger eine eigenständige Lebensführung in der vertrauten Wohnung ermöglichen. Diese computergestützte Betreuung zu Hause anstelle einer Einweisung in ein Heim oder einer Hospitalisierung senkt die anfallenden Kosten für alle Beteiligten massiv.

Die Zahl der Menschen im EU-Raum mit einer Behinderung wird auf 10 bis 15 Prozent respektive rund 100 bis 200 Millionen geschätzt. Die Behinderten waren an der Tagung sehr präsent. Rollstühle, Blindenstöcke und die „Übersetzung“ in die Gebärdensprache aller gesprochenen Texte im Plenum und nach Bedarf auch in den Workshops machten sichtbar, dass diese Gruppe an den neuen technischen Möglichkeiten sehr interessiert ist und aktiv mitwirkt, die gesetzten Ziele zu erreichen. Die parallele Ausstellung zeigte auf, welche technischen Hilfsmittel es ermöglichen, dass sich die Behinderten nicht trotz, sondern dank der neuen Technologien besser im Alltag zurechtfinden als je zuvor. Auch hier eröffnet sich ein eigentlicher Markt für neue Produkte im Interesse der Behinderten und der sie produzierenden Wirtschaft.

eKompetenz, Kulturelle Vielfalt und Integration von Minderheiten

Eines der ganz wichtigen grossen Projekte ist MICHAEL (Multilingual Inventory of Cultural Heritage in Europe, www.michael-culture.org). Konzipiert als Superportal soll MICHAEL die nationalen Kulturportale und damit europaweit die Museen, Bibliotheken und Archive erschliessen und z.B. für Mobilitätsbehinderte die Kulturschätze in ländlich abgelegenen Gebieten öffnen. Aber auch die Integration von Minderheiten soll gefördert werden, z.B. mit einem Projekt zur Internetausbildung der Fahrenden (Roma). Menschen auch in abgelegenen Gebieten sollen von neuen Lernmöglichkeiten mit www.ermione.edu.org profitieren können. Das mehrsprachige Portal soll Kooperation auf höherer Bildungsstufe ermöglichen.

eGovernment und Partizipation

Es gibt zahlreiche direkte Bezüge der Rigaer Erklärung mit derjenigen vom November 2005 in Manchester. Hier fand die dritte eGovernment-Konferenz verbunden mit einem Ministertreffen statt. Barrierefreie öffentliche Webseiten wurden bereits damals gefordert, allerdings ohne eine präzise Zielvorgabe. Ein weiterer Schwerpunkt lag bei den Administrativleistungen für die Wirtschaft und der elektronischen Identifikation als Voraussetzung für den sicheren Datenaustausch. Im Frühjahr dieses Jahres wurden vertiefende Tagungen in Wien durchgeführt. Unter der immer wieder geforderten Partizipation in demokratischen Prozessen wird allerdings meist nur das verstanden, was in der Schweiz als Konsultations- und Vernehmlassungsverfahren längst eingespielte Praxis ist. Mit einem Projekt (www.eparticipate.org) soll ein Online Multimedia Service europaweit bereitgestellt werden, welcher es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, am lokalen politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Öffentliche Dienste sollen künftig auch über digitalisiertes TV erreicht werden können (www.easyconnects.org.uk).

Teilweise parallele Interessen von Wirtschaft und Gesellschaft?

Die Wirtschaft war auch in Riga sehr gut vertreten, sowohl auf den Podien mit Referaten wie im Auditorium. Die 1999 gegründete, heute in Brüssel domizilierte Vereinigung der europäischen Informations- und Kommunikationsbranche, EICTA (www.eicta.org), kam mit Generaldirektor Mark Macgann zu Wort. Diese Vereinigung umfasst 57 grössere international tätige und 36 nationale Organisationen aus 27 europäischen Ländern, darunter der Schweiz mit SWICO und SWISSMEM. Die EICTA vertritt insgesamt über 10'000 Firmen und über 2 Millionen Beschäftigte, welche in Europa tätig sind.

Die EICTA ist bereit, zur Zielerreichung der von ihr voll unterstützten Rigaer Ministererklärung beizutragen. Die Privatwirtschaft werde die Ausrüstung mit Breitband auch in ländlichen Gebieten finanzieren können, sofern fiskalische und regulatorische Vorschriften diese Investitionen erleichtern. Diesen wichtigen Punkt vernachlässigt gemäss EICTA die Ministererklärung, wie sie auch die Tatsache unterschätze, dass sich viele Menschen, zumindest weltweit, die neuen Technologien aus Kostengründen nicht leisten könnten. Die Industrie wünscht sich geringere Steuern, womit die Produktpreise sinken, offene, intelligent regulierte Märkte und weltweit harmonisierte offene Standards (aber nicht identisch mit „open source“).

Tue Gutes und sprich darüber? Tue Gutes und mache gleichzeitig auch gute Geschäfte. Dies ist der (neue) Slogan einer irischen Initiative, FIT (www.fit.ie), finanziert von der Privatwirtschaft, welche Menschen, auch langjährig Arbeitslosen, dank einer Ausbildung in den neuen Technologien wieder zu einer Beschäftigung verhilft.

Angesichts der knappen finanziellen Mittel der öffentlichen Hand können zahlreiche Projekte nur mit Unterstützung der Privatwirtschaft realisiert werden: Public private Partnership und Sponsoring sind beliebter als Steuern.

Weltweiter digitaler Graben – in welchem Jahrhundert sind wir denn?

Im Schlussplenum kamen Vertreter Afrikas und Südamerikas zu Wort. Der Graben zwischen der Dritten Welt wird immer grösser. Hier ist es die Armut, welche die Menschen nicht an den neuen Errungenschaften teilhaben lässt und sie um Jahrhunderte zurücklässt. In eindrücklicher Weise wird aufgezeigt, wie das Mobile Leben retten kann und vermutlich nur mit elektronisch vermittelter Gesundheitsinformation das Problem von HIV./AIDS effizienter angegangen werden kann. Landwirte können dank elektronischer Marktinformation ihre Produkte zielgerichtet absetzen, was in Ländern mit langen und beschwerlichen Wegen sehr wichtig ist.

Revolutionären Aufbruch markierte der Kulturminister Brasiliens und einstige Rock-Aktivist, Claudio Prado. Brasilien sei ein einziges Laboratorium. Die interaktiven Möglichkeiten des Internet von Person zu Person seien längst nicht ausgeschöpft, schon gar nicht mit kommerziellen Portalen. Digital sei gleichbedeutend mit freiem Zugang, unabhängig von irgendwelchen Copyrights oder urheberrechtlichen Fragen. Hier müssten wir völlig umdenken.

Aufträge und nächste Schritte

Die Rigaer Ministererklärung richtet sich an alle Akteure, die Europäische Kommission, die Staatengemeinschaft, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft. Die Europäische Kommission soll bis 2008 Grundlagenarbeit zur Erreichung der Ziele leisten. Diese umfasst

auch eine Überprüfung des Rechtsrahmens für die elektronische Kommunikation und der Messindikatoren. Zudem sollen die Möglichkeiten des siebten EU-Forschungsrahmenprogramms genutzt werden.

Das nächste Jahr soll als Europäisches Jahr der gleichen Chancen für alle den nötigen Schwung bringen. Bis 2008 sollen in allen europäischen Ländern Strategien zur Umsetzung erarbeitet und verabschiedet werden, um so die geplante eInclusion Initiative 2008 starten zu können. Diese soll mit einem Weltgipfel 2008 verbunden werden.

Aber auch von der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft werden Aktivitäten erwartet.

Die Rigaer Konferenz signalisiert Aufbruchstimmung. Ganz speziell ist diese im Gastgeberland selber zu spüren. Eben erst Mitglied der EU geworden, will Lettland auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft zur Spitze vorstossen. Dies war in den Ansprachen der lettischen Ministerin für eGovernment, Ina Gudele, deutlich spürbar. Ihr Amt war erst vor rund drei Jahren geschaffen worden.

Ausstellung: Blick auf einige Projekte und was es künftig geben wird
GRAB (www.grab-eu.com) ermöglicht es Sehbehinderten, Graphiken (wie Stadtpläne, Bilder aus Museen etc.) mit dem Finger zu ertasten. Play2' Software übersetzt für sehbehinderte Musiker die Noten in die Blindenschrift. Mit der Software eValue werden Sehbehinderten ganze Bibliotheken laut vorgelesen. Für Hörbehinderten gibt es ein Telefon via Bildschirm oder Mobiltelefone mit Gebärdensprache (www.synface.com). Motorisch Gestörte steuern den Computer mit Augenkontakt (www.cogain.org). Grössere Mobilität ermöglicht www.ask-it.org, ein Service, welcher auf ein Meter den Nutzer lokalisiert und weiss, wo der nächste Bushalt ist oder wo die Strasse zum Bahnhof. Gemoppte in der Schule lernen spielend mit www.e-circus.org, wie sie sich besser wehren können; www.senist.net ist für das heilpädagogische Umfeld. Das Mobile soll (www.m-learning.org) für mobilsüchtige Jugendliche mit Bildungsdefiziten genutzt werden. Damit ältere Leute länger in ihrer gewohnten Umwelt leben können, gibt es z.B. www.healthservice24.com.

Das Estnische Wirtschaftsministerium zweifelt an Eesti Gaas



Eine von der, dem Estnischen Wirtschaftsministerium unterstellten

Energiebehörde durchgeführte Analyse zeigte, dass

die zwischen der Eesti Gaas AG (estnischer Gaslieferant) und der russischen Gazprom geschlossenen Verträge bei kaltem Winterwetter nicht genügend Gaslieferungen garantieren können. "Die Verträge können Lieferungen bis zu 5 Mio. Kubikmeter täglich sicherstellen. Bei extrem kaltem Wetter kann der Gaskonsum in Estland bis zu 6 Mio. Kubikmeter betragen," kommentierte stellvertretender Generaldirektor der Estnischen Energiebehörde Margus Kasepalu. "Es scheint für uns seltsam, dass Eesti Gaas neue Konsumenten an ihr Netz schliesst. Die Firma bietet ihren bisherigen Kunden Verträge an, die für die Wintersaison reduzierte Liefermengen vorsehen, wobei die Preise ständig steigen," sagte Einari Kisel, Leiter der Abteilung für Energiefragen beim Wirtschaftsministerium.

In ihrer Antwort an das Wirtschaftsministerium schrieb Eesti Gaas, dass bei den Gaslieferungen keine Probleme vorkommen werden und die Firma ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen wird. "Wir sind eine Firma und machen keine Witze – wir haben Verträge geschlossen und werden diese einhalten," sagte Pressesprecherin der Eesti Gaas AG, Frau Maarika Saarna-Siiman.

Die Konjunktur steigt

Laut einer im Juni veröffentlichten Studie der Eurostat beträgt die Kaufkraft der Esten durchschnittlich 57 % des EU-Durchschnitts, die der Letten und Litauern respektive 47% und 52%. Im Vergleich zu der letzten Studie konnte Estland seine Position um 6 % verbessern. Die höchste Kaufkraft unter den EU-Ländern haben Luxemburger (248%).

Laut Informationen aus dem Estnischen Konjunkturinstitut hat sich die wirtschaftliche Lage von 80% der Esten laut einer Studie verbessert oder sie blieb auf dem gleichen Niveau. Immer mehr Leute kommen mit ihrem monatlichen Einkommen gut aus und können sogar sparen.

Silja-Kauf absegnet



Die Leiterin der Abteilung für Firmenfusionen bei der Estnischen Konkurrenzbehörde Svetlana Ljutova sagte, dass die Reederei Tallink am 30.Juni eine Zustimmung erhalten hätte die skandinavische Silja Line zu kaufen. „Es gab keine Probleme im Zusammenhang mit dem estnischen Markt,“ sagte Ljutova und fügte hinzu, dass die Silja Line ihre Schnellschiffverbindungen nicht an Tallink verkaufte. Laut Ljutova hätte es auch mit anderen Schiffen keine

Probleme gegeben, da Silja zwischen Helsinki und Schweden verkehrt, Tallink aber zwischen Tallinn und Helsinki und Tallinn und Schweden.

Mit ihrem Beschluss vom 30.06.2006 segnete die Estnische Konkurrenzbehörde den Zusammenschluss der Tallink Grupp AG und der Silja Oy Ab, wodurch die Tallink Gruppe eine dominierende Mehrheit in der finnischen Silja Oy Ab erhielt.

Estnische Busfahrer arbeiten lieber im Ausland



Immer mehr estnische LKW- und Busfahrer arbeiten im Ausland, ein Grossteil von denen in Finnland. Im Januar letzten Jahres überraschte der Leiter der Transportgewerkschaften Peep Peterson mit einer Mitteilung, dass mindestens 500 Chauffeure mit Hilfe seiner Organisation in England Arbeit finden. Die Partnerfirma der Gewerkschaften „Driver Contract Services“ versprach ein Einkommen von 24 000 Kronen netto. Damals betrug das Durchschnittsgehalt der der estnischen Chauffeure

etwa 7000 Kronen. Dieser Aufruf brachte aber keine massenhafte Auswanderung der estnischen Chauffeure mit sich. Letzteres ist vor allem darauf zurückzuführen, dass gleichzeitig die Gehälter in Estland stiegen. Laut Peterson sind die Gehälter der Chauffeure in Estland seit 2004 2 Mal gestiegen.

Der Lieblingsort der estnischen Busfahrer ist Finnland. Der nördliche Nachbarstaat liegt geographisch sehr nah und es gibt keine Sprachprobleme. Laut Informationen der Tallinner Busbetriebe (Tallinna Autobussikoondis) ist die Situation kritisch. 2004 verliessen die Firma 11 Busfahrer, 2005 waren es 8 und in den ersten Monaten 2006 weitere 4 Busfahrer. Eines der Hauptargumente neben der besseren Gehaltsbedingungen ist auch das bessere Arbeitsklima im Ausland. Mit dem heutigen Stand fehlen in Tallinn 60 und in Tartu 40 Busfahrer.

Ausländische Direktinvestitionen in Litauen leicht zurückgegangen

Laut Informationen aus der Litauischen Nationalbank betragen die ausländischen Direktinvestitionen in Litauen in den ersten drei Monaten 2006 615,4 Mio. Litas (EUR 178,4 Mio.) und machten damit 3,6% des für 2006 geplanten BIP aus. Im Vergleich zum vergangenen Jahr sind die Direktinvestitionen um 7,3% zurückgegangen (664,2 Mio. Litas in den ersten drei Monaten 2005). Die Empfänger der grössten Investitionen waren Holzindustrie und die Immobilienbranche. Die grössten Investoren waren Dänen (14,6%), gefolgt von Schweden (13,7%), Russland (13%), Deutschland (11,2%), Finnland (8,2%) und Estland (7,9%). Direktinvestitionen aus den EU-Ländern machten 74,7% des Gesamtvolumens aus.

Das lettische Gesundheitssystem



Die Präsidentin der Lettischen Assoziation der öffentlichen Gesundheitsfürsorge, Iveta Pudule, sagte, dass das lettische Gesundheitssystem laut einer Studie zu den schlimmsten in der ganzen EU gehört. Der Europäische health consumer index zeigt, dass Lettland den dritten Platz von unten besetzt und damit nur vor Irland und Litauen steht. Zaiga Barvida, Vertreterin des Lettischen Gesundheitsministeriums sagte, dass ihr Ministerium diese Studie nicht kenne und daher könne sie das Ergebnis auch nicht kommentieren. Die Ergebnisse der Studie seien schlecht, weil Menschen ein ungesundes Leben führen – rauchen, zu viel Alkohol konsumieren und für ihre Gesundheit nicht sorgen.

In Kürze:

- Mit dem Stand 1.Juli 2006 betrug das Minimumgehalt in Litauen 600 Litas, der Minimum-Stundenlohn 3,65 Litas. Seit dem 1.Juli wurde in Litauen die Einkommenssteuer von 33% auf 27% reduziert.
- Der Flughafen Vilnius bediente im Juni 150,000 Fluggäste und erzielte damit das beste monatliche Resultat aller Zeiten. Der Flughafen bediente 2005 1,281 Mio Fluggäste. Für 2006 werden insgesamt 1,5 Mio. erwartet.
- Der Lettische Grenzschutz bestellte von der auf der estnischen Insel Saaremaa ansässigen Firma Baltic Workboats 5 neue Schiffe. Die Gesamtkosten des Auftrags belaufen auf 55 Mio. Kronen (EUR 3,5 Mio.)
- Lettische Firmen, die ihren Briefverkehr personalisieren wollten, konnten bisher nur ihr Firmenlogo auf den Umschlag drucken. Von nun an bietet die Lettische Post allen die Möglichkeit an, die Briefe künftig mit einer eigenen Briefmarke zu schicken. Eine der ersten Firmen, die diese neue Leistung in Anspruch nehmen wird ist die Parex Banka. Genauere Informationen zur Leistung sind unter der Adresse www.manapastmarka.lv erhältlich.

POLITIK

Litauen hat immer noch keine neue Regierung



Die Sozialdemokratische Partei Litauens ist bereit erneute Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierungskoalition aufzunehmen. Als Premierminister wird der Verteidigungsminister und stellvertretender Parteivorsitzender Gediminas Kirkilas (Links) vorgeschlagen. Parteivorsitzender Algirdas Brazauskas sagte: "Wenn der Präsident Vertrauen hat, haben wir nichts gegen die Bildung einer neuen Regierung. Es ist schwer zu sagen, ob es eine Minderheits- oder Mehrheitsregierung sein wird. Die Verhandlungen stehen noch bevor". Kirkilas sagte der Nachrichtenagentur BNS, dass seine Partei auch in der neuen Regierung die bisherige Zahl der Ministerplätze besetzen möchte. Die Sozialdemokraten stellten in der alten Regierung den Ministerpräsidenten und weitere 5 Ministerplätze.

Vor einigen Wochen haben die Sozialdemokraten die Kandidatur von Zigmantas Balcytis aufgestellt, die allerdings durch eine Abstimmung im Parlament abgelehnt wurde. Nun hat der Präsident 15 Tage zur Nominierung eines neuen Kandidaten.

Grundsätze der Lettischen Energiepolitik



Die Lettische Regierung billigte die Grundsätze der lettischen Energieindustrie für den Zeitraum 2006-16. Diese Grundsätze sollen die Ziele der lettischen Energiepolitik in den nächsten 10 Jahren bestimmen. Laut den Grundsätzen der Energiepolitik soll Lettland in 10 Jahren in der Lage sein, selber für seinen Energiebedarf zu sorgen. Lettland muss in der Lage sein, bis 2012 80% und bis 2016 100% seines Energiebedarfs selber beliefern zu können. Um diese Ziele zu erreichen muss Lettland seine Energieproduktion wie auch die Gewinnung der Energie aus erneuerbaren Energiequellen erhöhen und ein neues Kraftwerk bauen. Ein solches Kraftwerk würde die Gewinnung der Energie aus Steinkohle und Holz ermöglichen. Der Bau eines Atomkraftwerkes in Litauen gehört aber ebenfalls zur Energiestrategie Lettlands.

Laut Berechnungen des Lettischen Wirtschaftsministeriums wird die Umsetzung der geplanten Grundsätze in den nächsten 10 Jahren insgesamt 1,237 Mrd. Lats (EUR 1,76 Mrd.) kosten. 261,9 Mio. Lats sollen aus den EU-Strukturfonds, 486,9 Mio. aus dem Privatsektor, 312,79 aus dem Staatshaushalt und 174 Mio. aus den Kassen der lokalen Selbstverwaltungen kommen.

„Neue Ära“ führt die Rankings



Die "Neue Ära", die regierende "Partei der Grünen und Bauern" und die oppositionelle "Für Menschenrechte im vereinten Lettland" waren laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Latvijas Fakti“ die beliebtesten politischen Kräfte Lettlands im Juni. Die „Neue Ära“ wird von 11,7% der Befragten, die Partei der Grünen von 10,7% und die oppositionelle Menschenrechtspartei von 10,6% der Befragten unterstützt.

Laut der Umfrage würden mit dem heutigen Stand sieben Parteien die 5%-Klausel erfüllen. Die regierende Volkspartei hatte ein Ergebnis von 10,1%, gefolgt von der oppositionellen „Vaterland und Freiheit“ (8,2%) und der linken „Harmony Center“ (5,8%). Das Wahlbündnis der „Lettlands Weg“ und der „Ersten Partei“, das bei den letzten Parlamentswahlen nicht ins Parlament kam, wurde im Juni von 5,5% der Befragten unterstützt.

Die grösste Parlamentsfraktion im jetzigen Parlament hat die „Neue Ära“ (24 Sitze). Die Regierungskoalition besteht aus der „Volkspartei“ (20 Sitze), der „Ersten Partei“ (13 Sitze) und der „Partei der Grünen und Bauern“ (12 Sitze). Fünf Mitglieder des 100 Mitglieder starken Parlaments gehören zu keiner Fraktion.

Nationaler Rundfunk statt Radio und Fernsehen

Die Estnische Regierung billigte grundsätzlich die Gründung des nationalen Rundfunks durch den Zusammenschluss des Estnischen Fernsehens (ETV) und des Estnischen Rundfunks (ER. Hörfunk). Gebilligt wurde die Gründung des nationalen Rundfunks als Rechtsnachfolger des ETV und ER. Das höchste Führungsorgan des nationalen Rundfunks ist der Betriebsrat, der aus 12 Mitgliedern des Parlaments bestehen soll. Die 12 Parlamentarier vertreten die Fraktionen des Estnischen Parlaments proportionell. Die Zusammensetzung des Rates wird vom Kulturausschuss für 5 Jahre bestimmt.

KULTUR

Lettische Kultur reist nach Hamburg



Vom 1. – 15. September findet in Hamburg ein grosses lettisches Kulturereignis "Riga's Nights in Hamburg" statt. Das Ziel des Projektes ist es, die Trends der lettischen Kultur den Deutschen näher zu bringen. Im Rahmen der Veranstaltung werden lettische Literatur, Dichtkunst, Musik und Filme präsentiert. Der Bürgermeister von Riga, Aivars Aksenoks, wird persönlich an der Eröffnungsfeier teilnehmen.

Das Projekt "Riga's Nights in Hamburg" wird vom Rigaer Stadtrat in enger Zusammenarbeit mit dem Hamburger Stadtrat und der deutschen Robert Bosch Stiftung organisiert.

Ein umfassendes Porträt Estlands

Zwischen dem 12. November und dem 3. Dezember 2006 findet in Basel ein Kulturvestival mit Konzerten, Filmen, Lesungen, Vorträgen, Ausstellungen und einem Symposium statt

Bitte konsultieren Sie die Webseite www.culturescapes.ch dort finden Sie das detaillierte Programm.